



# SITZUNGSVORLAGE

Nr. 1 9 - V - 3 0 - 0 0 1 7  
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) II

Überprüfung des Versicherungsschutzes

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

## Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input checked="" type="radio"/>	→ s. unten <input type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

## Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input type="radio"/>	Tagesordnung B <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

## Bestätigung Dezernent/in

Dr. Franz

Bürgermeister

## Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich  
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.  
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz

Stadtkämmerer

## A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind  **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.  
 finanzielle Auswirkungen verbunden.  
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

### I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel  rot  grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: \_\_\_\_\_  
 in %: \_\_\_\_\_

### II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling  Investition  Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: \_\_\_\_\_  
 in %: \_\_\_\_\_

### III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um  Mehrkosten  
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
		2021		50.000,00	50.000,00		300023	617900	QS Versicherungsmanagement
<b>Summe einmalige Kosten:</b>									

<b>Summe Folgekosten:</b>									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

## B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Die Sitzungsvorlage dient der Vorbereitung von Entscheidungen über eine mögliche Ausweitung, Reduzierung oder Anpassung des Versicherungsschutzes.

## Anlagen:

## C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
  - 1.1 die letzte Potential- und Optimierungsanalyse des städtischen Versicherungswesens in den Jahren 2008/2009 erfolgte,
  - 1.2 nach nunmehr zehn Jahren eine Überprüfung/Evaluation des bestehenden Versicherungsbestands angezeigt erscheint,
  - 1.3 aufgrund geänderter äußerer Rahmenbedingungen gegebenenfalls der Abschluss weiterer Versicherungen sinnvoll sein könnte (z.B. Elementarschadenversicherung, Terrorversicherung, Cyberversicherung),
  - 1.4 die Durchführung einer Analyse und Bewertung externer Unterstützung bedarf,
  - 1.5 für die Durchführung einer Potential- und Optimierungsanalyse mit Kosten von rd. 50.000,00 € zu rechnen ist.
2. Der Magistrat (Dez. II/30) wird beauftragt, eine Potenzial- und Optimierungsanalyse des städtischen Versicherungswesens zur Sicherstellung eines den städtischen Bedürfnissen angepassten Versicherungsschutzes der Landeshauptstadt Wiesbaden in Auftrag zu geben.
3. Die Potenzial- und Optimierungsanalyse soll Optimierungen im Hinblick auf die Versicherungsprämien in Relation zu den Leistungen der bestehenden Versicherungsverträge ermitteln, die Notwendigkeit der einzelnen Versicherungsverträge in Abwägung mit den kalkulierten Versicherungsrisiken überprüfen und Vor- und Nachteile im Hinblick auf den Abschluss weiterer Versicherungen ermitteln.
4. Die Beauftragung der Potential- und Optimierungsanalyse und die Durchführung des vorgelagerten Vergabeverfahrens ist davon abhängig, dass Dez. II/30 im Haushalt 2020/2021 50.000,00 € im Rahmen der weiteren Bedarfe zur Verfügung gestellt werden.

## D Begründung

### I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Die Sitzungsvorlage dient der Vorbereitung von Entscheidungen über eine mögliche Ausweitung, Reduzierung oder Anpassung des Versicherungsschutzes.

Zu diesem Zweck sollen vorhandene (nicht nur die bisher durch Versicherungen abgedeckten) Risiken für die wesentlichen bei der Landeshauptstadt Wiesbaden vorhandenen Betriebs- und Nutzungsarten ermittelt und bewertet werden und sodann durch Entwicklung einer Risikostrategie Entscheidungen darüber herbeigeführt werden, was versichert werden soll/muss (Abdeckung hoher Risiken), was versichert werden kann (Abdeckung mittlerer Risiken) und was nicht versichert werden muss (kleine Risiken). Bei den versicherten Risiken soll im Hinblick auf das Kosten-/Nutzen Verhältnis eine optimale Ausgestaltung erreicht werden.

Die Ergebnisse sollen im Frühjahr 2021 vorliegen, um bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2022/2023 Berücksichtigung finden zu können.

## **II. Demografische Entwicklung**

*(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)*

## **III. Umsetzung Barrierefreiheit**

*(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)*

## **IV. Ergänzende Erläuterungen**

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

Die Durchführung der Potenzial- und Optimierungsanalyse erfordert hohen Sachverstand in versicherungstechnischen und versicherungsrechtlichen Fragen und wird nur mit einem nicht unerheblichen personellen Zeitaufwand durchführbar sein. Das Rechtsamt kann hierbei mit seinen vorhandenen fachlichen und personellen Kapazitäten unterstützen, ist aber auf externe Unterstützung angewiesen.

Die Kosten für die externe Unterstützung werden auf rund 50.000,00 € geschätzt.

## **V. Geprüfte Alternativen**

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 9. Oktober 2019

Dr. Franz  
Bürgermeister